

Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Herbst 1983

Die Lage der Weltwirtschaft	517
Die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland	523

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 42·43/83

Berlin

27. Oktober 1983

50. Jahrgang

Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Herbst 1983

Stögl

Beurteilung der Wirtschaftslage durch folgende Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e. V., Essen:

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin
(Institut für Konjunkturforschung)

HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung - Hamburg

Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, München

Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel

Rheinisch- Westfälisches Institut
für Wirtschaftsforschung, Essen

Abgeschlossen in Essen am 21. Oktober 1983

Die Lage der Weltwirtschaft

Überblick

In den westlichen Industrieländern dominieren nach dreijähriger Stagnation wieder die expansiven Kräfte. Produktion und Kapazitätsauslastung sind vor allem in den USA kräftig gestiegen. Davon gingen starke Anregungen auf die Weltwirtschaft, insbesondere auf Japan aus. In Westeuropa überwiegen ebenfalls die Aufwärtstendenzen; in einigen Ländern, namentlich in Frankreich und Italien, halten aber rezessive Entwicklungen an. Die Arbeitslosigkeit hat sich bisher lediglich in den USA verringert, in den meisten anderen Ländern nahm sie, wenn auch verlangsamt, weiter zu. Der Preisauftrieb blieb, auch nachdem die Preise für Öl nicht mehr sanken, schwach.

Nachfrage und Produktion stiegen in den Industrieländern im Verlauf dieses Jahres vor allem deshalb merklich, weil die Geldpolitik nach den Erfolgen bei der Eindämmung der Inflation, aber auch angesichts der zugespitzten internationalen Verschuldungsprobleme, Mitte 1982 zu einem expansiven Kurs übergegangen war. Vor allem in den USA stieg die Geldmenge stärker, als es die geldpolitischen Zielvorgaben erwarten ließen. Überdies regten in den USA erhebliche Steuersenkungen die Nachfrage an. Schließlich hatten die niedrigeren Ölpreise und die Erleichterung darüber, daß durch internationale Kooperation bei der Entschärfung von Verschuldungsproblemen vieler Entwicklungsländer ein Zusammenbruch von Kredit-

**Reales Bruttosozialprodukt und Verbraucherpreise
in den wichtigsten Industrieländern**

Veränderungen in vH gegenüber dem Vorjahr¹

	Gewicht in vH	Sozialprodukt			Verbraucherpreise		
		1982	1983	1984	1982	1983	1984
Bundesrepublik Deutschland	9,4	-1,1	1	2	5,3	3	3
Frankreich	7,7	2,0	0	0	11,8	9,5	8
Großbritannien	6,7	1,8	2,5	1,5	8,6	5	6
Italien	4,9	-0,3	-1,5	0,5	16,6	15	12
Niederlande	2,0	-1,7	0,5	1	5,9	2,5	2,5
Schweden	1,4	-0,1	1,5	2	8,6	9	8
Schweiz	1,4	-1,5	0	1,5	5,6	3	2
Belgien	1,2	0,7	0,5	1,5	8,7	7,5	6
Österreich	1,0	1,1	1,5	1	5,4	3	4,5
Dänemark	0,8	3,1	2	1,5	10,1	7	5,5
Norwegen	0,8	-0,6	1	0	11,3	8,5	6,5
Westeuropa ²	37,3	0,4	0,5	1	9,2	7	6
USA	43,3	-1,9	3	4	6,1	3,5	5
Japan	15,2	3,0	3	3,5	2,7	2	2
Kanada	4,2	-4,4	2,5	3,5	10,8	6	6,5
Insgesamt ²	100,0	-0,4	2	3	7,0	4,5	5
nachrichtlich: Insgesamt ³		0,3	1	1,5	9,1	7	6

1) Für 1982 nach nationalen Angaben, für 1983 und 1984 geschätzt und auf halbe Prozent gerundet.- 2) Nur die aufgeführten Länder; Gewichtung gemäß Bruttosozialprodukt von 1982.- 3) Gewichtung nach Anteilen an der deutschen Ausfuhr von 1982.

ketten verhindert werden konnte, zur Verbesserung des Konjunkturklimas beigetragen.

Unter dem Einfluß niedrigerer Zinsen, verbesserter Konjunkturerwartungen, aber auch gezielter staatlicher Maßnahmen belebten sich der Wohnungsbau sowie der private Verbrauch; zudem lief der Abbau der Läger aus. Zu einem Anstieg der gewerblichen Investitionen kam es bisher aber nur in wenigen Ländern.

Die in Gang gekommene Belebung kann nur dann in einen dauerhaften Aufschwung münden, wenn sich die Investitionsneigung auf breiter Front verstärkt. Die Voraussetzungen dafür haben sich jedoch noch nicht wesentlich gebessert. Insbesondere in den westeuropäischen Ländern wird eine Erholung der Investitionen, die über einen begrenzten zyklischen Anstieg hinausgeht, dadurch gehemmt, daß die längerfristigen Absatz- und Ertragserwartungen noch immer getrübt sind. Weltweit retardierend wirkt aber auch, daß die Zinsen nach wie vor durch Risikoaufschläge hoch gehalten werden. Darin schlagen sich die verbreitete Besorgnis über die hohen Staatsdefizite und die noch immer beträchtlichen Verschuldungsprobleme vieler Entwicklungsländer nieder; denn dies schafft Unsicherheit darüber, ob die Geldpolitik künftig einen stabilitätsorientierten oder einen inflationsträchtigen Kurs verfolgt.

Die Zentralbanken wichtiger Länder sind offenbar seit Mitte 1983 bestrebt, ihre Glaubwürdigkeit bei der

Bekämpfung der Inflation nicht länger durch eine zu rasche monetäre Expansion zu gefährden; die geldpolitischen Zügel wurden zumeist wieder angezogen. Die Zinsen bewegen sich nach wie vor auf hohem Niveau. Ein merklicher Rückgang dürfte sich erst dann einstellen, wenn Vertrauen aufkommt, daß die grundlegenden Struktur- und Verschuldungsprobleme durch eine nachhaltige Wachstumsstrategie bewältigt werden, bei der sich die Inflation nicht von neuem beschleunigt. Es spricht indes kaum etwas dafür, daß dies schon in naher Zukunft erreicht wird.

In der Finanzpolitik werden von Land zu Land unterschiedliche Strategien verfolgt: In den USA sind vor den Ende 1984 anstehenden Wahlen keine Maßnahmen zur Verringerung des Staatsdefizits zu erwarten, in den westeuropäischen Volkswirtschaften bemühen sich die Regierungen dagegen weiterhin um eine Konsolidierung der öffentlichen Finanzen. In zahlreichen Ländern wurden weitere Ausgabenkürzungen und Abgabenerhöhungen angekündigt, mit denen die Ausgabenpielräume der privaten Haushalte kurzfristig eingeengt werden. Dem stehen nur vereinzelt steuerliche Entlastungen für Unternehmen und Investitionsanreize gegenüber.

Die wirtschaftliche Entwicklung der Industrieländer bleibt durch die Verschuldungskrise vieler Entwicklungsländer weiterhin belastet. Infolge der stark verminderten Kreditwürdigkeit sahen sich viele Schuldnerländer bereits im letzten Jahr gezwungen, ihre Importe erheblich einzuschränken. Im Verlauf von 1983 wurden die Defizite zwar weiter verringert, zum weitest überwiegenden Teil aber über eine Einschränkung der Einfuhren und nur zum geringen Teil über eine Steigerung der Exporte. Der Konsolidierungsprozeß wird durch den verbreiteten Protektionismus der Industrieländer beträchtlich erschwert. Die Verschuldungsprobleme werden in nächster Zeit noch nicht entscheidend vermindert werden, so daß die Entwicklungsländer ihre Importe in naher Zukunft wohl nicht rasch erhöhen können. Der Erleichterung darüber, daß es bei der plötzlichen Zuspitzung der Probleme im vergangenen Jahr gelungen war, den Bruch von Finanzierungsketten zu vermeiden, folgt nun die Erkenntnis, daß ohne eine Umorientierung der Wachstumsstrategien in den Entwicklungsländern, ohne einen Abbau des Protektionismus seitens der Industrieländer und ohne langfristig angelegte Finanzierungsstrategien die Unsicherheit für Schuldner wie Gläubiger nicht abnehmen wird.

Insgesamt sind die Hindernisse für einen dauerhaften Aufschwung in den Industrieländern nach wie vor groß; die Investitionstätigkeit dürfte sich nur zögernd beleben. Da auch die Anregungen, die bisher zum Anstieg der Konsumneigung und des Wohnungsbaus sowie zu optimistischeren Lagerdispositionen geführt haben, vermutlich abebben werden, wird sich die kon-

junktuelle Expansion nach der in einigen Ländern im Sommer 1983 unerwartet günstigen Entwicklung wieder verlangsamten. Dies gilt insbesondere für die USA; gleichwohl werden hier Nachfrage und Produktion wohl weiterhin kräftiger zunehmen als in den meisten anderen Ländern. In Frankreich und Italien dürften sich Erholungstendenzen erst im Laufe des Jahres 1984 durchsetzen.

Trotz der Abflachung im Verlauf wird die Zuwachsrates des realen Bruttosozialprodukts der Industrieländer 1984 im Vorjahresvergleich mit annähernd 3 vH höher als im laufenden Jahr sein. Die Zunahme wird in den westeuropäischen Ländern deutlich geringer sein als in den USA und Japan, und die Arbeitslosigkeit steigt in den meisten Ländern weiter. Der Preisauftrieb wird sich, auch unter dem Einfluß wieder verteuerter Rohstoffimporte, insgesamt nicht weiter abschwächen.

Kraftvoller Konjunkturstart in den USA

Im Sommerhalbjahr haben sich die Auftriebskräfte in den USA erheblich verstärkt. Anders als erwartet war die Expansion nicht schwächer als in früheren Aufschwungsphasen: Das reale Bruttosozialprodukt stieg mit einer Jahresrate von 8 vH, die Industrieproduktion nahm sogar annähernd doppelt so stark zu. Dabei hat sich auch die Lage auf dem Arbeitsmarkt deutlich verbessert. Seit dem Tiefpunkt der Rezession Ende 1982 erhöhte sich die Zahl der Beschäftigten um fast 3 vH, die Arbeitslosenquote verringerte sich um anderthalb Prozentpunkte auf zuletzt 9,3 vH.

Die Nachfragebelebung wurde vor allem vom privaten Konsum und vom Wohnungsbau getragen. Entscheidend war ein spürbarer Rückgang der Sparneigung, nachdem bis Ende 1982 die Zinsen deutlich nachgegeben hatten. Zusätzliche Impulse kamen zur Jahresmitte von der Steuersenkung. Mit der Ausweitung der Beschäftigung erhöhten sich zudem die verfügbaren Einkommen kräftig, und zwar auch real, obwohl die Preise wieder etwas stärker stiegen.

Bei der unerwartet lebhaften Absatzentwicklung gingen die Vorräte bis zur Jahresmitte noch leicht zurück. Insbesondere Hersteller dauerhafter Konsumgüter konnten zeitweise ihre Produktion nicht dem Nachfrageanstieg entsprechend steigern.

Im Wohnungsbau hielt die Aufwärtsbewegung an. Die Baugenehmigungen und Baubeginne nahmen nochmals leicht zu; sie lagen zuletzt um zwei Drittel über dem Vorjahresniveau. Die gewerblichen Anlageinvestitionen sinken seit der Jahreswende nicht mehr, obwohl die Unternehmensplanungen im Frühjahr noch auf einen weiteren Rückgang hingedeutet hatten: Zwar nahmen die gewerblichen Bauinvestitionen bis zuletzt ab, die Ausrüstungsinvestitionen er-

höhten sich dagegen mit einer Jahresrate von etwa 10 vH. Die kräftig steigenden Gewinne und die zunehmende Kapazitätsauslastung haben offenbar die Investitionsbereitschaft der Unternehmen angeregt.

Mit der Belebung der Inlandsnachfrage und aufwertungsbedingten Verbilligungen ging ein kräftiger Importsog einher. Die Wareneinfuhr — in konstanten Preisen — stieg im Verlauf des Sommerhalbjahres 1983 mit einer Jahresrate von etwa 20 vH deutlich an. Der Rückgang der Ausfuhr hat sich fortgesetzt, wenn auch verlangsamt. Zu der Exportschwäche trug die anhaltende Aufwertung des Dollar bei, die die Konkurrenzposition der amerikanischen Anbieter verschlechtert hat. Ferner drosselten mehrere Länder Lateinamerikas wegen ihrer Verschuldungsprobleme die Einfuhr aus den USA erheblich. Das Defizit in der Handelsbilanz stieg beträchtlich an; in diesem Jahr wird es sich auf voraussichtlich 70 Milliarden Dollar (1982: 43 Mrd. Dollar) belaufen.

Die Geldpolitik blieb bis Mitte dieses Jahres überaus expansiv. War der Anstieg der Geldmenge zunächst noch mit Sonderfaktoren erklärt worden, so sah sich die Notenbank in der Folge mehr und mehr dem Verdacht ausgesetzt, sie vernachlässige das Stabilitätsziel. Im Juli wurde der Kurs geändert: Die Notenbank kündigte an, daß sie die monetäre Expansion von bisher 13 auf 7 vH zurückführen wolle, um Inflationsbefürchtungen entgegenzutreten. Seither ist die Geldmenge M1 kaum noch gestiegen. Als sich abzeichnete, daß es gelingen werde, die Geldmengenerweiterung im Zielkorridor zu halten, sanken die Zinsen leicht.

Nach dem bislang sehr hohen Expansionstempo ist für die nächste Zeit mit einer langsameren Gangart der Konjunktur zu rechnen; dafür sprechen schon lagerzyklische Bewegungen. Ferner dürfte der zeitweise von Steuersenkungen stimulierte private Verbrauch an Schwung verlieren, zumal die Sparquote bereits sehr niedrig ist. Auch der Anstieg der Wohnungsbauinvestitionen wird sich abflachen. Demgegenüber werden die Unternehmen voraussichtlich ihre Investitionen erhöhen, da sich die Ertragslage erheblich verbessert hat und die Kapazitätsauslastung weiter steigt; die immer noch hohen Realzinsen werden jedoch bremsend wirken. Trotz der zu erwartenden Verlangsamung der Expansion wird die Zuwachsrates des realen Bruttosozialprodukts im Jahre 1984 mit etwa 4 vH höher sein als 1983. Die Beschäftigung wird deutlich zunehmen, und die Arbeitslosigkeit wird leicht zurückgehen. Der Preisauftrieb dürfte sich nicht nennenswert verstärken; im Durchschnitt des Jahres 1984 ist mit einem Anstieg der Verbraucherpreise von 5 vH zu rechnen. Vor allem wegen des weiter bestehenden Konjunkturgefälles zum Ausland wird sich das Leistungsbilanzdefizit noch vergrößern.

Exportinduzierte Belebung in Japan

In Japan nimmt das reale Bruttosozialprodukt seit dem Frühjahr verstärkt zu. Die Nachfrageanregungen gingen in erster Linie von der Erholung in den USA aus. Während die Ausfuhr kräftig stieg, blieb die Inlandsnachfrage gedämpft. Dies gilt sowohl für die Investitionen als auch für den privaten Verbrauch. Die Preise waren in den letzten Monaten annähernd stabil. Infolge der starken Erhöhung der Ausfuhr, einer nur schwachen Zunahme der Einfuhr und einer Verbesserung der Terms of Trade hat sich der Leistungsbilanzüberschuß erheblich vergrößert.

Der Sog der Nachfrage aus dem Ausland wird voraussichtlich nicht so stark bleiben wie bisher, insbesondere weil die Expansion in den USA nachlassen wird. Überdies wird sich Japan angesichts der hohen Leistungsbilanzüberschüsse erneut zu „freiwilligen“ Exportbeschränkungen gezwungen sehen. Die Inlandsnachfrage wird sich 1984 voraussichtlich beleben, das Ausmaß ist allerdings ungewiß. Bislang hat die Notenbank die Zinsen nicht gesenkt, weil sie eine Abwertung des Yen und damit eine Verstärkung der protektionistischen Maßnahmen gegen japanische Produkte fürchtete. In Anbetracht der steigenden Leistungsbilanzüberschüsse und zunehmender Beschäftigungsprobleme dürfte die Geld- und Finanzpolitik aber ihre bisherige restriktive Linie lockern. Die gesamtwirtschaftliche Lage wird neuerdings von den Unternehmern etwas optimistischer eingeschätzt; sie haben ihre Investitionspläne leicht nach oben revidiert. Insgesamt dürfte sich die konjunkturelle Expansion im bisherigen Tempo fortsetzen. Das Bruttosozialprodukt wird im nächsten Jahr voraussichtlich um 3,5 vH steigen, nach 3 vH im Jahre 1983. Bei dieser Konjunktorentwicklung wird sich das Preisniveau nur geringfügig erhöhen.

Leichte Konjunkturbelebung in Westeuropa

In Westeuropa waren die konjunkturellen Tendenzen von Land zu Land sehr unterschiedlich. Während sich die Lage namentlich in der Bundesrepublik Deutschland und in Großbritannien verbesserte, überwogen in Frankreich und Italien rezessive Tendenzen. Insgesamt haben Nachfrage und Produktion seit Jahresbeginn langsam zugenommen. Ausschlaggebend für die Aufwärtsentwicklung waren die expansiven Wirkungen, die von der monetären Lockerung bei deutlich verlangsamtem Preisauftrieb ausgingen.

Der private Verbrauch ist insbesondere in der Bundesrepublik, in Großbritannien, Österreich und der Schweiz gestiegen; in den Niederlanden, Schweden und Italien ging er dagegen zurück. Zu der Belebung kam es, obwohl die verfügbaren Einkommen real

kaum zunahm. Der Anstieg der Verbrauchsneigung wurde offenbar durch die niedrigeren Zinsen und den Nachholbedarf bei dauerhaften Konsumgütern hervorgerufen; vor allem der Absatz von Automobilen expandierte kräftig.

Im Gegensatz zu den privaten Haushalten disponierten die Unternehmen in den meisten Ländern weiterhin zurückhaltend. Zwar wurden, außer in Frankreich und Italien, die Läger zumeist wohl nicht mehr reduziert und teilweise auch aufgestockt, so daß von den Lagerbewegungen wieder expansive Effekte ausgingen. Die Investitionsneigung der Unternehmen hat sich aber bisher kaum erhöht. So nahmen die Anlageinvestitionen nur in wenigen Ländern zu, in den meisten hielt der Rückgang an. Die weiterhin niedrige Kapazitätsauslastung, die noch hohen Realzinsen und die auch bei wieder steigenden Gewinnen häufig noch ungünstigen Ertragserwartungen, in denen sich auch die Unsicherheiten über die weltwirtschaftliche Entwicklung niederschlugen, belasteten offenbar noch das Investitionsklima. Umfragen zufolge haben sich allerdings die Produktionserwartungen weiter verbessert; dies läßt auf eine allmähliche Stärkung des Vertrauens der Unternehmen in die weitere wirtschaftliche Entwicklung schließen. Die niedrigeren Zinsen, aber auch steuerliche und zinsverbilligende Maßnahmen regten zugleich den Wohnungsbau an.

Die Bemühungen um eine Konsolidierung der Staatsfinanzen gingen nach wie vor überwiegend zu Lasten der öffentlichen Investitionen. So hat sich der Rückgang der öffentlichen Bauinvestitionen fortgesetzt, wenn auch vielfach verlangsamt.

Die Ausfuhren der meisten westeuropäischen Länder nahmen nur verhalten zu; damit unterscheidet sich die gegenwärtige Erholungsphase wesentlich von dem Muster früherer Zyklen. Gestiegen sind vornehmlich die Exporte von Konsumgütern und Vormaterialien, während bei Investitionsgütern der Rückgang noch anhielt. Deutliche Nachfrageimpulse kamen lediglich aus den USA. Stützend wirkten auch die erheblichen Wettbewerbsvorteile europäischer Anbieter, die sie gegenüber Konkurrenten aus dem Dollar-Raum infolge des hohen Dollarkurses erlangt hatten. Die Ausfuhr in die Staatshandelsländer hat indes weitgehend stagniert. Die Lieferungen in die OPEC- und übrigen Entwicklungsländer blieben gedrückt. Der Handel zwischen den westeuropäischen Ländern erhöhte sich nur wenig. Gefördert vom Konjunkturfälle und von Wechselkursänderungen haben sich die Leistungsbilanzdefizite besonders in Frankreich, Italien, Schweden und Dänemark deutlich verringert. Andererseits haben sich die Überschüsse in Großbritannien und in der Bundesrepublik Deutschland seit Jahresbeginn vermindert.

Der Rückgang der Beschäftigung hat sich in mehreren Ländern verlangsamt. Offenbar haben die Unter-

nehmen angesichts der leicht steigenden Kapazitätsauslastung und der günstigeren Produktionserwartungen das Personal weniger als zuvor verringert. Die Zahl der Arbeitslosen stieg, wenn auch etwas verlangsamt, weiter, zumal das Arbeitskräftepotential aus demographischen Gründen zumeist weiter kräftig zunahm.

Der Preisauftrieb hat sich kaum noch abgeschwächt. Ausschlaggebend waren wohl der Wegfall der dämpfenden Einflüsse, die zuvor vom Rückgang der Preise für Rohöl ausgegangen waren, und der merkliche Anstieg der Weltmarktpreise für Industrierohstoffe in der ersten Jahreshälfte. Diese Wirkungen wurden durch die Abwertung der westeuropäischen Währungen gegenüber dem Dollar noch verstärkt. Mit Teuerungsraten im Vorjahresvergleich, die zuletzt von reichlich 2 vH in der Schweiz bis zu fast 14 vH in Italien reichten, ist das Inflationsgefälle in Westeuropa nach wie vor sehr groß.

Preisdämpfende Einflüsse gingen weiterhin von der internen Kostenentwicklung aus. So hat sich der Lohnanstieg unter dem Einfluß der hohen Arbeitslosigkeit und einkommenspolitischen Maßnahmen im allgemeinen weiter ermäßigt. In Frankreich, Italien, Belgien und Dänemark bremste die Korrektur der Indexbindung den Lohnanstieg. Da sich zumeist der Produktivitätsanstieg auslastungsbedingt beschleunigte, verlangsamte sich die Zunahme der Lohnstückkosten deutlich.

Die Notenbanken waren in den letzten Monaten bemüht, die monetäre Expansion zu dämpfen, die während des vergangenen Winterhalbjahres sehr kräftig gewesen war. Die Geldpolitik ist somit wieder mehr bestrebt, den Stabilisierungsprozeß zu fördern. Abrupte Bremsmanöver sollen aber vermieden werden, um eine konjunkturelle Belebung nicht zu behindern. Die Finanzpolitik bleibt in allen Ländern auf eine Konsolidierung der öffentlichen Haushalte ausgerichtet. Die Budgetplanungen für 1984 zeigen fast überall Bemühungen um eine Verminderung des Defizits, jedenfalls im Verhältnis zum Sozialprodukt. Die Staatsquote soll zumindest nicht mehr steigen.

Bei den gegebenen Rahmenbedingungen ist für 1984 zu erwarten, daß die Unternehmensinvestitionen wenig steigen. Der private Verbrauch dürfte wegen einer zumeist allenfalls geringfügigen Erhöhung der real verfügbaren Einkommen und einer vermutlich nur noch wenig sinkenden Sparquote lediglich schwach zunehmen. Auch die Ausfuhr wird bei der zu erwartenden mäßigen Expansion in der übrigen Welt nur verhalten steigen. Das reale Bruttosozialprodukt dürfte im Verlauf des nächsten Jahres in den meisten Ländern weiterhin nur leicht zunehmen; für Frankreich und Italien ist im Laufe des nächsten Jahres eine Belebung zu erwarten. Im Jahresdurchschnitt wird das

reale Bruttosozialprodukt in Westeuropa insgesamt mit 1 vH eine kaum höhere Zuwachsrate als 1983 aufweisen. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit setzt sich dabei überwiegend fort, wenn auch abgeschwächt. Der Preisauftrieb dürfte sich im Laufe des nächsten Jahres in den meisten Ländern kaum weiter verlangsamen. Im Jahresdurchschnitt wird die Teuerungsraten 1984 mit etwa 6 vH allerdings etwas niedriger sein als 1983 (7 vH). Die weiterhin hohen Diskrepanzen in der Preis- und Kostenentwicklung werden vermutlich zu erneuten Paritätsanpassungen im Europäischen Währungssystem führen.

Wiederanstieg des Welthandels

Die Belebung in den Industrieländern hat 1983 zu einer Erholung des Welthandels geführt, obgleich weiterhin retardierende Einflüsse von den Erdöl-export- und den anderen Entwicklungsländern ausgehen. Der Handel mit verarbeiteten Waren steigt bereits seit Jahresbeginn. Im Sommer nahm auch der Handel mit Erdöl wieder zu, nachdem in den ersten Monaten des Jahres Importe in Erwartung einer Preissenkung verschoben worden waren. Im Verlauf des Jahres 1983 dürfte der Welthandel mit einer Rate von etwa 5 vH expandieren; im Jahresdurchschnitt wird er indes nicht nennenswert höher sein als 1982.

Im nächsten Jahr wird der Welthandel von den Industrieländern nicht mehr so starke Impulse erhalten, nicht zuletzt weil die lagerzyklischen Anregungen abklingen. Demgegenüber werden die Importe der Erdöl-export- und der übrigen Entwicklungsländer wohl kaum noch weiter sinken, vermutlich eher etwas zunehmen. Insgesamt dürfte der Welthandel im Jahr 1984 um 3 bis 4 vH höher sein als im laufenden Jahr.

Rohstoffpreise werden wenig steigen

Auf den Weltmärkten für Industrierohstoffe hat sich der Preisanstieg, der um die Jahreswende eingesetzt hatte, in den Sommermonaten deutlich verlangsamt. Der Rohstoffverbrauch nimmt zwar bei der konjunkturellen Erholung in den Industrieländern zu, aber Händler und Verarbeiter stocken offenbar ihre Rohstoffvorräte nur wenig auf, obwohl diese erheblich niedriger als im langfristigen Durchschnitt sind. Bei den Erzeugern und an den Warenbörsen sind die Rohstoffbestände teilweise noch gestiegen. In den letzten Monaten dieses Jahres und auch darüber hinaus wird die Rohstoffnachfrage voraussichtlich nur mäßig zunehmen; die Verarbeiter dürften weiterhin eine zurückhaltende Lagerpolitik verfolgen. Andererseits haben die Erzeuger von NE-Metallen, Kautschuk und Zellstoff bereits begonnen, ihre Kapazitäten besser zu nutzen und die Produktion zu erhöhen. Voraus-

sichtlich werden die Preise für Industrierohstoffe im allgemeinen auch weiterhin nur wenig steigen.

Auf dem Weltmarkt für Erdöl hat sich die Lage nach der Herabsetzung des Referenzpreises der OPEC im März 1983 beruhigt. Die Nachfrage hat seitdem deutlich zugenommen, weil der Lagerabbau nicht mehr fortgesetzt wurde und der Rückgang des Ölverbrauchs in den Industrieländern im Zusammenhang mit der konjunkturellen Belebung zum Stillstand kam. Andererseits ist die Erdölförderung der OPEC in den letzten Monaten über die im März vereinbarte globale Produktionsquote von 17,5 Mill. Barrel pro Tag gestiegen. Im kommenden Jahr wird die Ölnachfrage wegen der verhaltenen konjunkturellen Entwicklung und der anhaltenden Substitution des Erdöls durch andere Energieträger nur wenig zunehmen; mit einer merklichen Aufstockung der Ölvorräte in den Importländern ist bei dem elastischen Angebot nicht zu rechnen. Eine Reihe von Erdöl-Exportländern dürfte wegen ihrer Zahlungsbilanzschwierigkeiten auf höhere Lieferungen bedacht sein. Die Erdölpreise werden voraussichtlich auf dem gegenwärtigen Niveau verharren.

Dabei ist unterstellt, daß es nicht zu einer krisenhaften Zuspitzung der Lage im Nahen Osten kommt.

Die Weltmarktpreise für Nahrungs- und Genußmittel sind in den letzten Monaten kräftig gestiegen. Auf den Märkten für Getreide, Zucker und Ölsaaten nahm die Nachfrage erheblich zu, weil sich hier ein merklicher Rückgang der Ernten in der Saison 1983/84 infolge gezielter Anbaubeschränkungen und schlechter Witterungsbedingungen abzeichnet. Bei Kakao wird die Erzeugung 1983/84 wiederum niedriger als der Verbrauch sein, so daß sich die Preise trotz der hohen Bestände in den Exportländern weiter erhöhen. Das leichte Anziehen der Kaffeepreise ist demgegenüber auf Exportbeschränkungen im Rahmen des internationalen Kaffeeabkommens zurückzuführen; dadurch wurde ein Überangebot als Folge der großen Kaffeeernten Brasiliens verhindert. In den nächsten Monaten dürften die Nahrungs- und Genußmittelpreise im allgemeinen nur noch wenig steigen. Die Nachfrage wird sich wohl wieder beruhigen, nachdem in den Importländern die Vorräte für die Saison 1983/84 vorsorglich aufgestockt wurden.

Die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland

In der Bundesrepublik Deutschland setzte sich die wirtschaftliche Belebung, die sich um die Jahreswende eingestellt hatte, zunächst mit beachtlichem Schwung fort. Die gesamtwirtschaftliche Produktion nahm bis zur Jahresmitte so stark zu, daß sich der Rückgang der Beschäftigung deutlich verlangsamte und die Arbeitslosigkeit nur noch wenig stieg. Mit der Auslastung der Produktionsanlagen erhöhte sich auch die Leistung je Arbeitsstunde, der Druck der Lohnkosten ließ nach, und die Erträge der Unternehmen erholten sich kräftig. Nach der Jahresmitte stieg die Produktion nicht weiter, allerdings dürfte es sich dabei lediglich um eine Reaktion auf den zuvor außerordentlich hohen Zuwachs handeln.

Der Preisindex für die Lebenshaltung, der in den ersten Monaten des Jahres vor allem wegen der Verbilligung von Heizöl und Benzin nicht mehr gestiegen war, erhöhte sich wieder; dazu trugen auch die abwertungsbedingte Verteuerung von Einfuhren, die Anhebung der Mehrwertsteuersätze und in den letzten Monaten das witterungsbedingt knappe Angebot an Obst und Gemüse bei.

Bis zur Jahresmitte wurde die Belebung ausschließlich von der Nachfrage aus dem Inland getragen. Besonders ausgeprägt war sie bei den gewerblichen Investitionen und dem Wohnungsbau, die finanzpolitisch begünstigt wurden, sowie beim privaten Verbrauch. Bei den staatlichen Begünstigungen handelt es sich fast ausschließlich um Maßnahmen zur befristeten Förderung der Nachfrage, nicht aber um Maßnahmen zur längerfristigen Verbesserung der Wachstumsbedingungen. Und hinter der Steigerung des privaten Verbrauchs steht eine Verringerung der Sparneigung, nicht aber eine entsprechende Erhöhung der Einkommen.

Seit dem Sommer nehmen auch die Bestellungen aus dem Ausland, die zuvor stagniert hatten, wieder zu. Darin schlägt sich vor allem die Konjunkturbelebung im Ausland nieder. Außerdem wertete sich die D-Mark gegenüber wichtigen Währungen erheblich ab, und dies stärkte die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exporteure.

Zinssenkung kam ins Stocken

Bis zum Frühjahr hatte sich die D-Mark noch merklich aufgewertet; im Europäischen Währungssystem wurden ihre Leitkurse im März kräftig heraufgesetzt. Schon wenig später gab der Wiederanstieg der Zinsen in den USA den Anstoß für die Abwertung gegenüber dem Dollar. Daß die D-Mark auch gegenüber anderen Währungen unter Druck geriet, ist wohl vor allem dar-

auf zurückzuführen, daß nach ihrer Aufwertung im EWS hohe Beträge ins Ausland zurückflossen.

In der Bundesrepublik kam der Zinsrückgang im Frühjahr ins Stocken. Die Bundesbank war bemüht, die über das Geldmengenziel hinausgehende Ausweitung der Zentralbankgeldmenge zu bremsen. Mit Rücksicht auf die noch nicht gefestigte wirtschaftliche Erholung und wohl auch im Hinblick darauf, daß der Diskont- und der Lombardsatz erst im März um jeweils einen Prozentpunkt gesenkt worden waren, verknappte sie zunächst nur die Bankenliquidität. Daraufhin stiegen die Zinsen auf dem Geldmarkt leicht an. Anfang September setzte die Bundesbank, dieser Entwicklung folgend, den Lombardsatz von 5% auf 5 1/2% herauf. Auf dem Kapitalmarkt war der Zinsanstieg stärker als auf dem Geldmarkt, weil die Kreditnachfrage von Unternehmen und Bauherren beachtlich zunahm.

Die Zinssteigerungen trugen erheblich dazu bei, daß die monetäre Expansion im Sommerhalbjahr nachließ. Nachdem sich die Zentralbankgeldmenge in den ersten Monaten dieses Jahres mit einer Jahresrate von mehr als 10 vH ausgeweitet hatte, nahm sie von März bis September nur noch mit einer Rate von 6 vH zu. Gegenüber dem vierten Quartal 1982 stieg sie allerdings mit einer Jahresrate von 8 vH und lag damit noch deutlich über dem oberen Rand des Zieltrichters.

Defizit des Staates wenig verändert

Die Finanzpolitik war darauf gerichtet, das Staatsdefizit zu begrenzen sowie den Wohnungsbau und die unternehmerischen Investitionen zu fördern. Die Maßnahmen zur Begrenzung des Defizits betrafen vor allem die Einkommensübertragungen sowie die Ausgaben für den Staatsverbrauch. Zudem wurden Steuern und Beiträge zur Sozialversicherung angehoben.

Die Ausgaben der Gebietskörperschaften erhöhen sich in diesem Jahr mit einer Rate von knapp 3 vH schwächer als im vergangenen Jahr, das Aufkommen an Steuern dagegen mit 4 vH doppelt so rasch wie 1982.

Das Defizit der Gebietskörperschaften verringert sich 1983 um 6 1/2 Mrd. DM auf 56 Mrd. DM. Dies geht allerdings zu einem beträchtlichen Teil zu Lasten der Sozialversicherung, da der Bund seine Zuschüsse erheblich kürzt. Dadurch wird ihr Überschuß von 7 1/2 Mrd. DM im vergangenen Jahr fast völlig abgebaut, obwohl die Ausgaben nur noch halb so stark steigen wie im letzten Jahr. Die Krankenversicherung wird trotz Beitragssenkungen weiterhin einen Überschuß

ausweisen, vor allem weil der Rückgang des Krankenstandes und die Ausweitung der Selbstbeteiligung den Ausgabenanstieg dämpfen. Bei der Rentenversicherung dagegen wird das Defizit steigen, da die Arbeitslosenversicherung weniger Bundeszuschüsse erhält und sie ihrerseits die Zahlungen an die Rentenversicherung kürzt. Das staatliche Defizit insgesamt bleibt mit 55 1/2 Mrd. DM unverändert.

Unternehmensinvestitionen kräftig gestiegen

Die Ausrüstungsinvestitionen sind im Gefolge des Auftragsschubes, der von der Investitionszulage ausgelöst worden war, beachtlich gestiegen. Verbessert haben sich aber auch die allgemeinen Investitionsbedingungen. Zwar sind die Zinsen nicht weiter gesunken, doch haben sich die Erträge der Unternehmen erheblich erholt, vor allem infolge von Entlastungen bei den Kosten, weniger aufgrund von Preiserhöhungen.

Daß die Lieferungen dem Nachfrageschub so rasch folgten, liegt nicht zuletzt an der Konzentration der Nachfrage auf Güter, die entweder vorrätig waren oder rasch produziert werden konnten, wie namentlich Fahrzeuge oder Datenverarbeitungsgeräte. Beim Maschinenbau, dem die Investitionszulage nur in relativ geringem Umfang zusätzliche Aufträge brachte, ist die Zeitspanne zwischen Auftragsvergabe und Lieferung demgegenüber verhältnismäßig groß.

Die gewerblichen Bauinvestitionen sind ebenfalls wieder gestiegen, jedoch weit schwächer als die Ausrüstungsinvestitionen, weil für die Gewährung der Investitionszulage bei Bauten die Fertigstellung erst Ende 1984 erforderlich ist. Zu den Bereichen, die ihre Bautätigkeit relativ stark ausweiteten, zählen die Landwirtschaft, die Energiewirtschaft sowie die Bundesbahn und die Bundespost; die Bundesbahn hat mit dem Bau neuer Streckenabschnitte begonnen, die Bundespost mit dem Ausbau des Kabelnetzes.

Anders als in der zweiten Hälfte des Jahres 1982 schränkten die Unternehmen ihre Vorratsinvestitionen nicht mehr ein, sondern erhöhten sie kräftig. Dies gilt sowohl für Rohstoffe und Vorprodukte als auch für Fertigwaren. Zu einem unfreiwilligen Lageraufbau kam es nur noch in strukturschwachen Zweigen.

Besserung im Wohnungsbau

Die Nachfrage nach Wohnbauten steigt bereits seit Anfang vergangenen Jahres. Dies ist zum Teil auf bessere Zinskonditionen, zum größeren Teil aber auf die Maßnahmen zurückzuführen, die 1982 und 1983 zugunsten des Wohnungsbaus beschlossen wurden. Hinzu kam der Ablauf von Fristen für die steuerliche Förderung von Modernisierungsvorhaben und energiesparenden Maßnahmen. Die erhebliche Nachfrage-

belegung führte zu einer Erholung der in der Rezession stark gedrückten Wohnbautätigkeit. Der Anstieg wäre wohl kräftiger ausgefallen, wenn die Witterung im Frühjahr nicht so ungünstig gewesen wäre.

Expansion des privaten Verbrauchs unterbrochen

Nach der sprunghaften Zunahme zu Beginn des Jahres blieb der private Verbrauch auf hohem Niveau. Die Haushalte griffen vermehrt auf Ersparnisse zurück oder erhöhten ihre Kreditaufnahme: Die Sparquote sank vom vergangenen Herbst bis zu diesem Sommer um 1 1/2 Prozentpunkte; dies bedeutete eine Erweiterung des Ausgaberrahmens um 8 Mrd. DM. Eine wichtige Rolle spielten dabei das Freiwerden von prämienbegünstigten Sparbeträgen sowie der Zinsrückgang bis zum Frühjahr; beides erleichterte es den Haushalten, aufgestauten Bedarf, besonders bei Kraftfahrzeugen und Einrichtungsgegenständen, zu decken.

Von der Einkommensentwicklung wurde der Verbrauch dagegen nicht gestützt: Die Einkommen aus unselbständiger Arbeit sanken weiter, da die Erhöhung der Stundenverdienste durch den Rückgang der Beschäftigung ausgeglichen wurde und Beiträge zur Sozialversicherung angehoben worden waren. Die Einkommen aus staatlichen Übertragungen stiegen nur wenig, weil Leistungen gekürzt, Beiträge zur Krankenversicherung der Rentner eingeführt und die Rentenerhöhung vom Anfang auf die Mitte des Jahres verschoben worden waren.

Ausfuhr hat Talsohle durchschritten

Die Stagnation von Auslandsaufträgen und Warenausfuhr, die vom Herbst 1982 bis zum Frühsommer andauert hatte, wurde von einem Anstieg abgelöst. Diese Belebung gründet sich auf die Besserung der Konjunktur in den westlichen Industrieländern sowie auf die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit durch die Abwertung der D-Mark.

Nachdem die Exporte in die USA wegen des Konjunkturaufschwungs schon seit Jahresbeginn kräftig gestiegen waren, haben sich nun auch die Ausfuhr in andere Länder belebt. Noch gesunken sind die Lieferungen in die Länder der OPEC; diese sahen sich wegen des Rückgangs der Ausfuhrerlöse gezwungen, ihre Entwicklungspläne zu strecken und die Importe einzuschränken.

Unerwartet starke Produktionsausweitung

Das reale Bruttosozialprodukt stieg im Laufe des ersten Halbjahres mit einer Jahresrate von annähernd 5 vH überraschend stark. Nach der Jahresmitte verlor

die Produktion deutlich an Schwung, doch ist darin keine Änderung der Grundtendenz zu sehen. Wurde die Entwicklung zunächst durch Sonderfaktoren wie den sprunghaft gestiegenen Verbrauch überzeichnet, so führte die Reaktion hierauf nach der Jahresmitte zu einer Unterzeichnung.

Erheblich verlangsamte Zunahme der Arbeitslosigkeit

Die günstige Entwicklung der Produktion führte dazu, daß sich nicht nur die Produktivität auslastungsbedingt erstmals seit längerem kräftig erhöhte, sondern auch die Kurzarbeit stark verringerte, der Rückgang der Beschäftigung verlangsamte und die Zunahme der Arbeitslosigkeit erheblich abschwächte. Kurzarbeit gibt es vor allem noch in strukturschwachen Zweigen wie dem Bergbau und der Eisenschaffenden Industrie, aber auch im Maschinenbau ist sie nach wie vor hoch.

Der Rückgang der Zahl der abhängig Beschäftigten war in den letzten sechs Monaten mit 130 000 Personen nur ein Drittel so groß wie in den sechs Monaten zuvor. Das Baugewerbe stellte sogar wieder zusätzliche Arbeitskräfte ein.

Die Zahl der registrierten Arbeitslosen ist saisonbereinigt zuletzt nicht mehr gestiegen. Dies ist allerdings auf eine Karteibereinigung zurückzuführen; ohne sie hätte die Arbeitslosenzahl weiter zugenommen, allerdings deutlich schwächer als zuvor. Zur Verlangsamung der Zunahme der Arbeitslosenzahl trug neben der Abschwächung des Beschäftigungsrückganges wohl auch bei, daß das Erwerbspersonenpotential weniger rasch wächst als zuvor. Zudem haben angesichts geringer Beschäftigungschancen viele die Suche nach einem Arbeitsplatz aufgegeben; die Stille Reserve hat sich also erhöht. Einen Teil davon mag man in der Schattenwirtschaft wiederfinden.

Obwohl die Wirtschaft mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung stellte als in früheren Jahren, wurde das Ungleichgewicht auf dem Lehrstellenmarkt bisher nicht beseitigt. Ende September suchten noch 50 000 Jugendliche über die Arbeitsämter eine Ausbildungsstelle; dagegen gab es nur 20 000 unbesetzte Stellen. Ausschlaggebend für das Ungleichgewicht war, daß nun weit mehr Jugendliche mit höherer Schulbildung eine betriebliche Ausbildung anstrebten als zuvor.

Preisanstieg wieder etwas höher

Waren in den ersten Monaten dieses Jahres vom Ausland dämpfende Einflüsse auf das inländische Preisniveau ausgegangen, so ist seit dem Frühsommer das Gegenteil der Fall. Dem Anstieg der Preise für die Mehrzahl der Rohstoffe stand keine Senkung

der Preise für Rohöl mehr gegenüber. Zudem hat sich ein Großteil der Einfuhren wegen der Abwertung der D-Mark verteuert. Dieser außenwirtschaftliche Einfluß wurde allerdings durch die Kostenentwicklung im Inland aufgefangen. Die Lohnkosten je Produkteinheit sind vorübergehend sogar gesunken. Der Anstieg der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte war relativ gering.

Stärker war der Preisauftrieb auf der Verbraucherstufe. Hierzu trug die Erhöhung der Mehrwertsteuersätze zur Jahresmitte, auch wenn sie nicht überall voll weitergegeben werden konnte, ebenso bei wie die Erhöhung der Rundfunk- und Fernsehgebühren um 25 vH. Verstärkt wurde der Anstieg zuletzt durch die knappen Ernten von Obst, Gemüse und Kartoffeln. Der Anstieg der Wohnungsmieten hat, nach der Beschleunigung zu Jahresbeginn, wieder nachgelassen. Insgesamt sind die Preise für die Lebenshaltung im Sommerhalbjahr saisonbereinigt mit einer Jahresrate von reichlich 4 vH gestiegen.

Mit der Erhöhung von Nachfrage und Produktion wurden die Baupreise wieder angehoben, insbesondere im Wohnungsbau. Das Vorjahresniveau wurde hier im August um 2 1/2 vH überschritten.

Leistungsbilanzüberschuß verminderte sich vorübergehend

Mit der starken Expansion von Nachfrage und Produktion ging eine lebhafte Zunahme der Wareneinfuhr einher. In Verbindung mit der Aufstockung von Vorräten stieg namentlich die Einfuhr von Vorprodukten, und mit der Erhöhung des privaten Verbrauchs vor allem die von Personenkraftwagen und anderen dauerhaften Gebrauchsgütern.

Da sich zudem die Terms of Trade wegen des Anstiegs der Rohstoffpreise und der Abwertung der D-Mark verschlechterten, ging der Überschuß im Warenverkehr zunächst beträchtlich zurück. Andererseits hat sich das Defizit in der Dienstleistungsbilanz vor allem wegen des Rückgangs der Zinszahlungen an das Ausland verringert. Der Überschuß in der Leistungsbilanz sank. Nach der Jahresmitte hat sich der Aktivsaldo in der Handelsbilanz wieder vergrößert und mit ihm auch der in der Leistungsbilanz.

Ausblick

Im Herbst dürfte die Produktion wieder Anschluß an den Aufwärtstrend in der ersten Jahreshälfte finden. Dazu werden vor allem die Investitionen beitragen, weil Ausrüstungsgüter bis zum Jahresende ausgeliefert sein müssen, wenn für sie die Investitionszulage in Anspruch genommen werden soll. Auch die Ausfuhr wird die Aufwärtsbewegung stützen.

Die deutliche Zunahme der Gewinne und die optimistischere Beurteilung der Absatzaussichten durch die Unternehmen sprechen für den Fortgang der Belebung im kommenden Jahr. Ungewißheit besteht indes über deren Stärke und Dauer, vor allem weil schwer zu beurteilen ist, in welchem Maße die Erholung der Investitionen auf nur vorübergehende Anreize zurückzuführen ist.

Der Prognose liegen folgende Annahmen zugrunde:

- Die Zahlungsprobleme wichtiger Entwicklungsländer Lateinamerikas wurden zwar durch abgestimmtes Handeln von Gläubigerbanken, internationalen Organisationen und den betroffenen Ländern zunächst gemildert; sie sind aber noch nicht gelöst und werden die weltwirtschaftliche Entwicklung belasten. Hier wird angenommen, daß es auch im kommenden Jahr gelingt, Krisen unter Kontrolle zu halten.
- Der Welthandel wird weiter zunehmen. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit deutscher Exporteure wird auch dann hoch bleiben, wenn sich der Kurs der D-Mark — wie in dieser Prognose unterstellt — gegenüber dem Dollar leicht erholt. Innerhalb des Europäischen Währungssystems werden Unterschiede zwischen der Preis- und Kostenentwicklung in der Bundesrepublik und den Partnerländern wie bisher durch Stufenanpassungen der Wechselkurse ausgeglichen.
- Das Angebot an Erdöl bleibt reichlich, zu Preischüben kommt es nicht. Es wird also angenommen, daß politische Konflikte die Versorgung nicht ernsthaft beeinträchtigen.
- Für die Finanzpolitik wird unterstellt, daß die in den Begleitgesetzen zum Bundeshaushalt angekündigten Maßnahmen rechtskräftig werden.
- Die Geldpolitik wird in diesem Jahr versuchen, die Zentralbankgeldmenge nahe an den oberen Rand des Zieltrichters heranzuführen. Im kommenden Jahr wird die Bundesbank die Geldmenge entsprechend dem potentialgerechten Pfad um etwa 5 vH laufende Jahresrate ausweiten. Unter Berücksichtigung auch der übrigen Bestimmungsgründe ergibt sich für die Zinsen eine leicht fallende Tendenz.
- Die nächste Lohnrunde wird mit Verhandlungen über die Verkürzung der Arbeitszeit einhergehen. Die Verhandlungen werden sehr hart sein und das Konjunkturklima erheblich belasten. Für die Prognose wurde angenommen, daß etwaige Vereinbarungen nicht schon im Jahre 1984 zu einer nennenswerten Verkürzung der Arbeitszeit führen.

Die Entwicklung im Prognosezeitraum wird indes nicht allein von den vorgenannten Annahmen bestimmt, sondern in erheblichem Maß auch noch von

den Anregungen der Geld- und Finanzpolitik in den Jahren 1982 und 1983.

Impulse von der Auslandsnachfrage

Die Belebung der Konjunktur in den Industrieländern schlägt sich seit der Jahresmitte in den Auftragseingängen aus dem Ausland nieder. Es ist zu erwarten, daß sich der Anstieg von Nachfrage und Ausfuhr auch im nächsten Jahr fortsetzt. Er wird vom Handel mit den Industrieländern getragen werden. Da die Belebung in diesen Ländern, wie auch in der Bundesrepublik selbst, auf andere Regionen ausstrahlt, werden sich die Chancen für den Export dorthin ebenfalls leicht vergrößern. Dies gilt sowohl für die OPEC-Länder als auch für die übrigen Entwicklungsländer, deren Exporterlöse wieder steigen. Die weiterhin relativ niedrige Bewertung der D-Mark im Vergleich zum Dollar sowie zum Yen wird die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Anbieter begünstigen.

Allerdings werden Frankreich und Italien, zwei der bedeutendsten Abnehmerländer, bis weit in das nächste Jahr ihre Einfuhr aus der Bundesrepublik, falls überhaupt, nur wenig erhöhen. Gedämpft bleiben die Exportaussichten gegenüber den Staatshandelsländern, ausgenommen die Sowjetunion. Insgesamt wird für 1984 mit einer jahresdurchschnittlichen Steigerung der Warenausfuhr von 4 vH gerechnet.

Unternehmensinvestitionen steigen weiter

In den kommenden Monaten werden die Ausrüstungsinvestitionen deutlich zunehmen, da die Auslieferungsfrist für die Güter, für die die Investitionszulage in Anspruch genommen werden soll, Ende des Jahres abläuft.

Teilweise dürften Investitionen lediglich vorgezogen werden. Deshalb ist mit einem Rückgang nach der Jahreswende zu rechnen. Inzwischen haben sich jedoch die Investitionsbedingungen verbessert; dies gilt vor allem für die Ertragslage der Unternehmen. Mehr und mehr sind sie in der Lage, Investitionen aus eigenen Mitteln zu finanzieren. Außerdem wird sich auch die Fremdfinanzierung noch etwas verbilligen.

Im Wirtschaftsbau wird die Bautätigkeit, gestützt auf hohe Auftragsbestände, bis zum Jahresende 1984 zügig gesteigert werden, da bis dahin jene Bauten fertiggestellt sein müssen, die durch die Investitionszulage begünstigt werden.

Die Anlageinvestitionen der Unternehmen werden 1984 insgesamt um reichlich 4 vH zunehmen; bei den Bauten wird der Zuwachs etwas größer ausfallen als bei den Ausrüstungen.

Gestützt auf die finanzpolitischen Förderungsprogramme und die niedrigeren Zinsen wird sich die Er-

holung im Wohnungsbau fortsetzen, zumal einige Begünstigungen nur noch für Bauten in Anspruch genommen werden können, die 1984 fertiggestellt werden. Insgesamt dürften die realen Wohnungsbauinvestitionen 1984 im Jahresdurchschnitt um 6 vH steigen, nach rund 5 vH in diesem Jahr.

Die öffentlichen Bauinvestitionen werden in diesem Jahr noch einmal niedriger sein als im Vorjahr, aber für die weitere Entwicklung deutet sich ein Anstieg an. Die Aufträge weisen jedenfalls schon seit einiger Zeit nach oben.

Die bessere Auftragslage wird von den Baufirmen schon seit dem Frühjahr zu Preisanhebungen genutzt. Im kommenden Jahr dürfte das Baupreisniveau um 3 bis 4 vH höher sein als in diesem.

Privater Verbrauch nimmt nur wenig zu

Der private Verbrauch wird in den kommenden Monaten wieder weitgehend von der Entwicklung der Realeinkommen bestimmt werden und dabei nur sehr langsam steigen.

Im Laufe des nächsten Jahres wird das Einkommen der Arbeitnehmer bei nur noch wenig verringerter Beschäftigung und Anhebungen der Tariflöhne in annähernd gleicher Größenordnung wie in diesem Jahr leicht beschleunigt zunehmen. Unter Einschluß der Transfers, der entnommenen Gewinne und der Vermögenseinkommen werden die privaten Haushalte über ein um 3 1/2 vH höheres Einkommen verfügen können.

Die Sparneigung der privaten Haushalte wird vermutlich niedrig bleiben. Dafür spricht, daß die von den Zinsen ausgehenden Anreize zum Sparen nicht größer und zur Verschuldung nicht geringer sein werden und das Vorsorgemotiv bei nur noch wenig steigender Arbeitslosigkeit in den Hintergrund treten wird. Zudem nimmt die Zahl junger Haushalte mit relativ niedriger Sparquote weiter zu.

Bei den zu erwartenden, weiterhin nur mäßigen Preissteigerungen ergibt sich eine Erhöhung des realen privaten Verbrauchs von etwa 1 vH. Da wiederum die Käufe von längerlebigen Gütern — wie Kraftfahrzeugen sowie Möbeln, Hausrat und anderem Wohnbedarf — im Vordergrund stehen dürften, wird der Absatz vieler anderer Waren stagnieren oder gar sinken.

Deutlicher Rückgang des Staatsdefizits

Nachdem in den vergangenen Jahren das Ziel des Staates, durch Ausgabeneinschränkungen und Erhöhungen von Steuern und Abgaben die Defizite zu verringern, immer wieder wegen konjunkturell bedingter Mehrausgaben und Mindereinnahmen nicht erreicht

wurde, zeichnet sich für das kommende Jahr erstmals eine spürbare Rückführung des Haushaltsdefizits ab.

Neben der Einschränkung des Defizits verfolgt die Finanzpolitik das Ziel, die Unternehmen zu entlasten; die Mehreinnahmen aus der Mehrwertsteuererhöhung werden zum Teil für Abschreibungserleichterungen sowie für die Senkung der Vermögensteuer bereitgestellt, die Einnahmen aus der Investitionshilfeabgabe zur Förderung des Wohnungsbaus.

Die unmittelbaren Wirkungen der Konsolidierungspolitik treffen allein die privaten Haushalte. „Aktualisierung“ der Rentenanpassung, Erhöhung des Beitrages der Rentner zur Krankenversicherung, Einschränkungen beim Bezug von Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung und bei der Sozialhilfe sowie die Kürzung des Mutterschaftsgeldes bremsen die Zunahme der Einkommensübertragungen auf rund 2 vH.

Zurückhaltung bei Einstellungen und Einsparungen bei den Sachkäufen werden den Anstieg des Staatsverbrauchs niedrig halten. Die Zinsausgaben werden zwar verlangsamt zunehmen, aber immer noch weit aus stärker als alle anderen Ausgabearten. Die Subventionen werden vermutlich nicht gekürzt, sondern erhöht werden. Insgesamt steigen die Staatsausgaben voraussichtlich um knapp 3 vH, also deutlich weniger als das nominale Bruttosozialprodukt.

Dagegen wird das Steueraufkommen mit reichlich 5 vH etwas stärker als das nominale Bruttosozialprodukt steigen, und dies trotz der Entlastung bei der Vermögensteuer und der Mindereinnahmen, die zum Beispiel aus dem Schuldzinsenabzug entstehen. In fast gleichem Maße wie das Steueraufkommen werden die Beitragseinnahmen der Sozialversicherung zunehmen; dabei spielen die Erhöhung der Beitragsätze und die Erweiterung der Bemessungsgrundlagen eine erhebliche Rolle.

Insgesamt wird die Sozialversicherung 1984 einen Finanzierungsüberschuß von etwa 5 Mrd. DM erzielen. Das Defizit der Gebietskörperschaften wird um über 7 Mrd. DM abnehmen, so daß sich der Fehlbetrag des Staates gegenüber 1983 um rund 12 Mrd. DM vermindert. Dabei ist eine etwas geringere Gewinnabführung der Deutschen Bundesbank als in diesem Jahr unterstellt worden.

Weiterer Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion

Die gesamtwirtschaftliche Produktion wird im letzten Drittel dieses Jahres wieder zunehmen. Den Ausschlag hierfür geben der Anstieg des Exports sowie die vermehrten Ausrüstungsinvestitionen aufgrund des Ablaufs der Begünstigungsfrist. Hinzu kommt die Steigerung der Bautätigkeit. Innerhalb des Jahres wird das reale Bruttoinlandsprodukt — arbeitstäglich

bereinigt — um 3 vH gestiegen sein; im Jahresdurchschnitt ergibt sich dabei aber eine Zunahme von 1 vH.

Im kommenden Jahr wird sich der Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion fortsetzen, sich aber im Jahresverlauf verlangsamen. Dennoch wird die Zuwachsrate im Jahre 1984 mit 2 vH höher sein als 1983¹.

Nur noch geringer Rückgang der Beschäftigtenzahl

Die Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Produktion ist zu gering, um die Lage am Arbeitsmarkt durchgreifend zu ändern, immerhin wird die Beschäftigtenzahl kaum noch abnehmen. Dies nicht nur, weil weniger Arbeitsplätze aufgegeben werden müssen, sondern auch, weil die Zahl der Beschäftigten in einigen Zweigen wieder steigen wird, namentlich im Baugeerbe und im Fahrzeugbau.

Im Durchschnitt des Jahres 1984 wird die Beschäftigtenzahl voraussichtlich noch um etwa 100 000 oder 0,5 vH niedriger sein als in diesem Jahr, für das ein Rückgang von etwa 450 000 oder 2 vH zu erwarten ist.

Das Erwerbspersonenpotential wird sich 1984 — ebenso wie 1983 — deutlich schwächer erhöhen als in früheren Jahren, da sich die demographisch bedingte Zunahme verringert und zum Teil durch Abwanderungen von Ausländern ausgeglichen wird. Bei dem zu erwartenden Rückzug von Erwerbspersonen in die Stille Reserve wird die Zahl der Arbeitslosen — abgesehen von möglichen Karteibereinigungen — etwa in dem Ausmaß zunehmen, in dem die Beschäftigung sinkt. Im Durchschnitt des Jahres werden 1983 voraussichtlich 2,3 Mill. Personen als arbeitslos gemeldet sein und im Jahre 1984 rund 2,4 Mill.

Weiterhin Überschuß in der Leistungsbilanz

Der mäßige Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und die schon weitgehend vollzogene Anpassung der Rohstofflager an das höhere Produktionsniveau lassen erwarten, daß die Wareneinfuhr nur noch langsam steigen wird.

Nach dem starken Anstieg der Einfuhr im ersten Halbjahr wird der reale Außenbeitrag im Jahre 1983 niedriger sein als im Vorjahr. Die im Jahresdurchschnitt günstigeren Terms of Trade führen aber zu einem höheren nominalen Außenbeitrag. Die Aktivierung wird sich im nächsten Jahr fortsetzen, dann allerdings aufgrund eines vergrößerten realen Überschusses bei wohl nur wenig veränderten Terms of Trade. Der Überschuß in der Leistungsbilanz wird in diesem Jahr etwa 10 Mrd. DM betragen, im nächsten Jahr etwas mehr.

Preisaufrtrieb bleibt gering

Vieles spricht dafür, daß der Preisanstieg im weiteren Verlauf dieses Jahres und im nächsten Jahr relativ gering bleibt: Die D-Mark wird tendenziell wieder an Wert gewinnen, so daß mit einer Beruhigung bei den Einfuhrpreisen gerechnet werden kann. Der Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten wird mit etwa 1 vH wiederum niedrig sein. Bei den Saisonwaren wird es in den kommenden Monaten aufgrund kleinerer Ernten indes zunächst noch spürbare Preisanhebungen geben. Insgesamt wird die Verteuerung der Lebenshaltung im Jahr 1984 — ebenso wie im Durchschnitt dieses Jahres — rund 3 vH betragen.

Wirtschaftspolitische Überlegungen

Die Erholung der Konjunktur in der Bundesrepublik Deutschland ist ausgeprägter, als es noch im Frühjahr dieses Jahres von den an der Gemeinschaftsdiagnose beteiligten Instituten erwartet worden war. Die wirtschaftspolitischen Anstöße, die sowohl von der Geldpolitik ausgingen als partiell auch von der Finanzpolitik — vor allem in Form der Wohnungsbauförderung und der Investitionszulage —, waren konjunkturell überraschend stark wirksam. Der Erfolg wurde dadurch begünstigt, daß die wechsellkursbedingte Verteuerung der Einfuhr aufgehört hatte und der Lohnanstieg geringer geworden war. Überdies knüpfte die Wirtschaft an den Regierungswechsel optimistische Erwartungen über die künftige Wirtschaftspolitik.

Über Dauer und Stärke der wirtschaftlichen Belebung gibt es noch immer Unsicherheit. Zwar wird erwartet, daß sich die Aufwärtsbewegung im Jahre 1984 fortsetzt. Ob sich aber ein selbsttragender Aufschwung entwickelt, bleibt ungewiß. Diese Unsicherheit resultiert schon aus den immer noch bestehenden weltwirtschaftlichen Risiken (siehe dazu den weltwirtschaftlichen Teil dieser Gemeinschaftsdiagnose); sie hat aber vor allem binnenwirtschaftliche Gründe. Als schwere Belastung erscheint, daß jene Wirtschaftspolitik ausblieb, die — als „Wende“ angekündigt — fundamentale Hindernisse auf dem Wege zu verstärktem Wachstum und zu mehr Beschäftigung auszuräumen versprach. Eine andere Belastung dürfte die Forderung nach Einführung der 35-Stunden-Woche sein.

¹ Das Institut für Weltwirtschaft, Kiel, hält eine stärker zyklische Entwicklung als die übrigen Institute im Prognosezeitraum für wahrscheinlich: Aufgrund der bis weit ins Jahr 1983 hinein kräftigen Geldmengenexpansion werden die Inlandsausgaben wohl bis zum nächsten Sommer beträchtlich steigen. 1984 wird die Zunahme des realen Bruttosozialprodukts 2,5 bis 3 vH betragen, obwohl sich die konjunkturelle Aufwärtstendenz in der zweiten Jahreshälfte abschwächen dürfte.

Es stellt sich auch die Frage, ob der Staat durch seine Konsolidierungspolitik den Prozeß der konjunkturellen Erholung behindert. Die Entwicklung des Staatsdefizits — 1983 ist es ebenso groß wie im vergangenen Jahr — ist als Maßstab unzulänglich. Die Aufspaltung des Defizits in einen konjunkturellen und einen strukturellen Teil führt schon wegen schwieriger Abgrenzungsprobleme nicht zu befriedigenden Ergebnissen. Erforderlich ist vielmehr eine umfassende Analyse der Wirkung der einzelnen finanzpolitischen Maßnahmen; dabei ist zu beachten, daß oftmals ökonomische Wirkung und fiskalischer Niederschlag nicht in das gleiche Jahr fallen. In das Gesamturteil über die Finanzpolitik muß aber auch das Vertrauen einbezogen werden, das durch die Neuorientierung der Politik geschaffen wird. Vorübergehend dürften die Ankündigungen solche Wirkungen gehabt haben. Die überraschend starke Inanspruchnahme der Investitionszulage und der Wohnungsbauförderung dürfte auch darauf zurückzuführen sein.

Für das Jahr 1984 stellt sich die Frage des „Überkonsolidierens“ dringlicher. Die unmittelbaren Wirkungen der finanzpolitischen Maßnahmen — bereits in Kraft getretener und vorgesehener — sind als beachtlich restriktiv einzuschätzen. Dies brauchte nicht bedenklich zu sein, wenn diesen Wirkungen ein entsprechender Gewinn an Vertrauen in eine Verbesserung der Wachstumsbedingungen als Folge einer Neuorientierung der Wirtschaftspolitik gegenüberstünde. Doch stattdessen mehren sich die Zweifel. Denn die Art, wie die Konsolidierung betrieben wird, entspricht in wichtigen Punkten nicht diesen Erfordernissen. Am krassensten gilt das für die weitere Erhöhung der Abgabenbelastung. Offenbar mangelt es an politischer Kraft zu geeigneten Korrekturen bei den Ausgaben; bezeichnend dafür ist, daß die Subventionen nicht gekürzt, sondern sogar ausgeweitet werden.

Auch in der Ordnungspolitik läßt die Neuorientierung auf sich warten. Aufgaben, wie der Abbau überflüssiger Reglementierungen, die Entbürokratisierung und die Erleichterung des Marktzugangs, um nur einige bedeutende zu nennen, wurden kaum in Angriff genommen. In manchen Fällen wurde die Bürokratisierung sogar noch verstärkt, z.B. mit der Einführung von Einkommensgrenzen beim Kindergeld und mit der Erhebung der Zwangsanleihe. Insgesamt verdichtet sich der Eindruck, daß die angekündigte „Wende“ in der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik auf eine Politik zur Verringerung des Staatsdefizits reduziert ist. So wichtig diese auch ist, sie kann nur ein Teil der Strategie sein, die zu einem stärkeren Wirtschaftswachstum zurückführen soll.

Die Geldpolitik wird ihren Beitrag zur Stärkung und Verstetigung des Wachstums und zum Abbau der Arbeitslosigkeit am ehesten dann leisten, wenn sie die

Geldversorgung so ausweitet, daß das Wachstum des Produktionspotentials nicht behindert wird, zugleich aber so begrenzt, daß die Inflationserwartungen weiter gedämpft werden. Bei der Bemessung der stabilisierungs- und potentialgerechten Geldversorgung sollte die mittelfristige Wachstumsrate des Produktionspotentials zugrunde gelegt werden. Orientierte sich die Bundesbank an der gegenwärtig gedrückten Wachstumsrate des Potentials von etwa 2 vH, so bestünde die Gefahr, daß dem Wachstum von der monetären Seite her zu enge Grenzen gesetzt würden. Bei der Stabilisierung des gesamtwirtschaftlichen Preisniveaus erscheint für das Jahr 1984 eine Rückführung der Steigerungsrate auf 2 1/2 vH als ein nicht zu ehrgeizig gesetztes Ziel.

Die Zentralbankgeldmenge ist im Jahre 1983 stärker gestiegen, als von der Bundesbank angestrebt worden war. Es mag naheliegen, den dadurch entstandenen „monetären Überhang“ einzufangen, indem die Geldversorgung im nächsten Jahr weniger stark ausgeweitet wird, als es dem stabilisierungs- und potentialgerechten Richtmaß entspräche. Da sich die Wirtschaft wahrscheinlich weitgehend auf den größeren Geldbestand eingestellt hat, sollte ein nennenswerter Abschlag vom Richtmaß nicht gemacht werden. Gemäß diesen Überlegungen erscheint eine Ausweitung der Zentralbankgeldmenge im Verlauf des kommenden Jahres um etwa 5 vH als angemessen.

Abweichungen der tatsächlichen Entwicklung vom Zielpfad lassen sich nicht immer vermeiden. Der Gefahr, daß schon geringe Abweichungen als Zielverfehlung aufgefaßt werden und Forderungen nach geldpolitischem Gegensteuern hervorrufen, könnte durch die Angabe von Fehlergrenzen begegnet werden. Diese Bandbreite sollte jedoch so eng sein, daß sie nicht Spielraum läßt für unterschiedliche geldpolitische Strategien, bei denen die Ausweitung der Geldmenge von der Entwicklung des Wechselkurses, der Preise oder der Konjunktur abhängig gemacht wird.

In der Lohnpolitik muß weiterhin berücksichtigt werden, daß Arbeitskraft insgesamt nicht mehr knapp ist; im Gegenteil, es gilt, eine erhebliche Unterbeschäftigung zu beseitigen. Damit ist der Spielraum für Lohnerhöhungen kleiner als nach den traditionellen Regeln der Lohnpolitik, wie der Orientierung am Produktivitätsfortschritt oder an der Kostenniveauneutralität. Außerordentlich wichtig ist auch eine stärkere Differenzierung der Löhne nach Branchen, Regionen und Qualifikationen.

Zur Arbeitszeitverkürzung

In der öffentlichen Meinung erscheint die Verkürzung der Arbeitszeit vielfach als ein entscheidender Beitrag zur Verringerung der Arbeitslosigkeit wie

auch zur Lösung anderer wirtschaftlicher sowie sozialer und ökologischer Probleme. Einige Gewerkschaften streben die Herabsetzung der Altersgrenze an, andere fordern die Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden. Die Bundesregierung läßt erkennen, daß sie den gesetzlichen Rahmen für einen früheren Ruhestand schaffen will.

Ob man mit Arbeitszeitverkürzung die angestrebten Ziele erreicht, hängt auch davon ab, ob sich innerhalb der neuen Regelungen die Wünsche der einzelnen Bürger verwirklichen lassen. Diese Wünsche sind weder Politikern noch Tarifparteien noch Ökonomen hinreichend bekannt. Aus diesem Grund sollten Regelungen für die Arbeitszeit nicht starr sein, sondern möglichst viel Freiraum für individuelle Vereinbarungen lassen. Zudem müssen sie so gestaltet sein, daß nicht die einen durch Belastung anderer Vorteile erhalten oder sich verschaffen, und dies wird nur dann erreicht, wenn die Kosten jeweils vom Begünstigten zu tragen sind.

Wird eine vorzeitige Verrentung ohne versicherungsmathematische Abschläge vereinbart, würden dem vorzeitig aus dem Erwerbsleben Ausscheidenden Renten versprochen, die andere stärker belasten. Dadurch würden Anreize zur Leistung noch weiter gemindert. Selbst bei Abschlägen nach versicherungsmathematischen Grundsätzen entstehen für die Finanzierung der Rentenversicherung für eine längere Übergangszeit Probleme, denn Beitragszahler fallen aus, die Zahl der Rentenempfänger aber steigt. Und dies in einer Zeit, in der die Finanzierung der Altersversicherung wegen des immer ungünstiger werdenden Altersaufbaus der deutschen Bevölkerung ohnehin erheblich erschwert ist.

Der beschäftigungspolitische Effekt dürfte in jedem Fall gering sein. Werden versicherungsmathematische Abschläge vorgenommen, so dürfte das Angebot nur wenig in Anspruch genommen werden; unterbleiben solche Abschläge, dann wird von dem Angebot zwar in größerem Umfange Gebrauch gemacht, die Betroffenen werden aber weiterhin eine Erwerbstätigkeit anstreben. Dies könnte noch nicht einmal mit einem dem Grundgedanken freiheitlicher Verfassung des Arbeitsmarktes zuwiderlaufenden Verbot der „Rentnerarbeit“ verhindert werden, führte es doch nur zu einem Ausweichen in die Schattenwirtschaft.

Der Beschäftigungseffekt einer solchen Flexibilisierung wäre nur dann größer, wenn jene recht hätten, die behaupten, die Bedürfnisse der Bürger seien weitgehend gesättigt und die Selbstverwirklichung in anderen Tätigkeiten als abhängiger Arbeit sei vorrangig.

Grundsätzlich ähnliche Bedenken sprechen gegen eine tarifvertraglich vereinbarte Verkürzung der Wochenarbeitszeit. Bei ihr besteht noch mehr als bei an-

deren Regelungen einer Verkürzung der Arbeitszeit die Gefahr, daß die Kosten nicht zutreffend erkannt und berücksichtigt werden.

Verkürzte man die Arbeitszeit innerhalb von fünf Jahren von 40 auf 35 Wochenstunden, also um 12,5 Prozent, so dürfte dies, wenn die Rentabilität der Betriebe nicht beeinträchtigt werden soll, zu einem so großen Abschlag vom sonst möglichen Lohnanstieg führen, daß der Reallohn — nach Jahren des Reallohnrückgangs — für ein Jahr fünf zumindest nicht steigen würde. Gäbe es die entsprechende Lohnzurückhaltung nicht, würde die Rationalisierung forciert oder Teile der Produktion müßten aufgegeben werden; in beiden Fällen wären die Wirkungen für die Beschäftigung negativ. Würde die Verringerung der Wochenarbeitszeit in einem kürzeren Zeitraum durchgeführt, verschärften sich die Probleme.

Wenn also die Verkürzung der Wochenarbeitszeit einen positiven Beschäftigungseffekt haben soll, muß sie kostenneutral vorgenommen werden, das heißt, sie wird mit Einkommenseinbußen verbunden sein. Käme es dazu nur zwangsweise, wären Ausweichreaktionen der betroffenen Arbeitnehmer zu erwarten, darunter nicht zuletzt ein Abwandern in die Schattenwirtschaft. Außerdem wird bei generellen Regelungen auch jene Arbeitskraft „rationiert“, die immer noch knapp ist; dies schädigt die Wettbewerbsfähigkeit und drückt das Wachstum.

Es bleibt somit festzuhalten, daß die allgemeine Verkürzung der Wochenarbeitszeit, wenn überhaupt, dann nur geringe positive Beschäftigungseffekte hat, daß sie das Wachstum behindert und immer zu Lasten sonst möglicher höherer Einkommen geht.

Besser, als an die Stelle alter Starrheiten neue zu setzen, wäre es, Regelungen zu schaffen, die den individuellen Unterschieden in den Bedürfnissen von Arbeitnehmern wie auch den Erfordernissen von Unternehmen Rechnung tragen. So sollte von der Möglichkeit der Teilung von Arbeitsplätzen, der Teilzeitarbeit sowie des Schichtbetriebs bei individuell verkürzter Arbeitszeit vermehrt Gebrauch gemacht werden.

Zur Reform des Einkommensteuertarifs

Die Bundesregierung hat angekündigt, den Einkommensteuertarif zu reformieren und dabei die Lohn- und Einkommensteuerbelastung spürbar zu senken; die Entscheidung hierüber soll im Frühjahr 1984 fallen.

Bei der Reform kommt es entscheidend auf die wachstumspolitischen Anliegen an. Sie sollte die Bereitschaft fördern, mehr zu leisten, sich im Beruf weiterzubilden, mehr zu investieren und auch höhere Investitionsrisiken einzugehen. Um dies zu erreichen, müßte die Grenzbelastung auf allen Einkommensstu-

fen, also der Progressionsgrad des Einkommensteuertarifs, verringert werden. Forderungen, vor allem die unteren Einkommensgruppen zu entlasten, um auf diese Weise den Verbrauch zu stimulieren, gehen in die falsche Richtung. Daß die Reform einen positiven Effekt auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage haben dürfte, wird zwar unter konjunkturellen Aspekten willkommen sein, ist aber nicht ausschlaggebend.

Der Steuertarif sollte durchgängig progressiv gestaltet werden, so daß — anders als gegenwärtig — mit steigendem Einkommen der Grenzsteuersatz gleichmäßig bis zum Spitzensteuersatz ansteigt. Dies könnte geschehen, indem der Eingangssteuersatz deutlich verringert wird und der Spitzensteuersatz erst bei einem deutlich höheren Einkommen als gegenwärtig greift.

Eine solche Steuerentlastung fiele nicht proportional für alle Einkommensgruppen aus. Dies wäre hinzunehmen, würden damit doch die Ungereimtheiten des geltenden Einkommensteuertarifs ausgeschaltet.

Eine nennenswerte Korrektur dieser Art führt in der „ersten Runde“ zu rechnerischen Steuerausfällen in der Größenordnung von 20 Mrd. DM. Werden gleichzeitig Steuervergünstigungen und andere Subventionen verringert (siehe Bemerkungen zu Subventionen), so kann selbst im Jahr der Reform der Anstieg des Defizits erheblich niedriger sein. Mittelfristig dürfte das Defizit wieder deutlich kleiner werden, weil die Korrektur des Einkommensteuertarifs und der Subventionsabbau alloкатive Verzerrungen vermindern, das Wachstum anregen und Einkommenszuwächse mit sich bringen. Bei geringerer Steuerbelastung dürfte auch die Verlagerung wirtschaftlicher Aktivitäten in die Schattenwirtschaft nachlassen.

Nach den Vorstellungen der Bundesregierung soll die Reform des Einkommensteuertarifs auch dazu genutzt werden, Familien mit Kindern zu entlasten. Erwogen wird unter anderem ein Familiensplitting statt des gegenwärtigen Ehegattensplittings. Dabei soll offenbar ein Teil der daraus resultierenden Steuermindereinnahmen durch eine höhere Belastung der Ledigen und der Familien ohne Kinder ausgeglichen werden. Damit würde jedoch dem zentralen Grundsatz der Reform des Einkommensteuertarifs, der Minderung der Grenzsteuerbelastung aller Einkommensbezieher, zuwidergehandelt.

Zur Subventionspolitik

Eine Wirtschaftspolitik, die im Grundsatz auf Selbstverantwortung und Leistung setzt und staatliche Lenkung zurückdrängen will, erfordert eine konsequente Verminderung der Subventionen und gleichartig wirkender steuerlicher Vergünstigungen. Fortgesetzte staatliche Stützung bestimmter Produktionen

führt zu Überproduktion und ineffizienter Produktionsweise. Erfolg im Wirtschaftsleben hängt dann mehr von der Kenntnis der Wege ab, staatliche Hilfen zu erlangen, als vom Durchsetzungsvermögen im Wettbewerb. Zudem wirken sich vom Staat gewährte Vorteile für die einen Produzenten zum Nachteil der mit ihnen konkurrierenden anderen aus. Da Hilfen zu meist an große Unternehmen gewährt werden, wird oft die Existenz kleiner Unternehmen gefährdet. Nicht immer wird das so direkt sichtbar wie in letzter Zeit in der Stahlindustrie. Zumeist ergeben sich die negativen Wirkungen staatlicher Subventionen auf indirektem Weg. Die Subventionen müssen von allen am Wirtschaftsprozeß Beteiligten in Form höherer Steuern und Abgaben, aber auch höherer Zinsen aufgebracht werden.

Subventionen haben des öfteren mit dem Sicherheitsbedürfnis von Staaten zu tun. Dies gilt für die staatlichen Hilfen bei der Produktion lebensnotwendiger Waren oder von Rüstungsgütern. Statt solche Autarkie-Ziele unbedacht zu akzeptieren, sollte man prüfen, was der damit verbundene Verzicht auf die Vorteile der internationalen Arbeitsteilung kostet. So ist es zweifelhaft, ob die Subventionierung einer umfangreichen Kohleförderung dem Sicherheitsinteresse der Bundesrepublik besser entspricht als ein weniger rascher Abbau dieses wertvollen Bodenschatzes. Ebenso ist bei der offensichtlichen Knappheit an intakter Umwelt die Förderung einer intensiven agrarischen Nutzung eine kritisierbare Strategie, um so mehr, als sie zu einer Überproduktion führt.

Werden Subventionen eingeräumt, um Anpassungsprozesse sozial erträglicher zu gestalten oder um junge Industrien rascher voranzubringen, ergibt sich bereits aus der Begründung die Forderung, Subventionen zu befristen.

Neben theoretischen Begründungen spricht auch die Erfahrung für Zurückhaltung bei Subventionen; dies gilt auch für die direkte Förderung angewandter Forschung, auch wenn es sich um Zukunftstechnologien handelt; oftmals erweist sich diese als Anlaß zur Aufblähung des Aufwandes. Dagegen läßt sich eine staatliche Förderung der Grundlagenforschung vertreten, da deren Resultate in der Regel allen am Wirtschaftsleben Beteiligten zur Verfügung gestellt werden.

Ein angekündigter und schrittweiser Abbau von Subventionen und entsprechend wirkenden Steuervergünstigungen ist ein wichtiger Baustein für eine offensive, wachstumsfördernde Strategie. Zum Katalog der Subventionen, die überprüft werden müssen, gehören die Förderung der Geldvermögensbildung, die Förderung des Wohnungsbaus und die Vergünstigungen in Form verschiedener Freibeträge bei der Steuerbemessung. Korrekturen bei der Hilfe für Agrar-

Kohle-, Stahl- und Werftbereich sind ebenso überfällig. Dort, wo Hilfen weiterhin gewährt werden, ist eine Beteiligung der Begünstigten an den Anpassungslasten unerlässlich.

* * *

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, (DIW) teilt nicht die relativ skeptische Einschätzung von Arbeitszeitverkürzungen durch die anderen Institute. Dies gilt insbesondere für die Verkürzung der Wochenarbeitszeit. Wie groß die Beschäftigungseffekte sind, hängt weitgehend von den Regelungen ab, die für die Länge der Übergangsphase zur 35-Stunden-Woche und den Lohnausgleich vereinbart werden, außerdem aber auch vom Kurs der Wirtschafts-, insbesondere der Finanzpolitik. Wird den Unternehmen ausreichend Zeit zur Anpassung gelassen, sind die positiven Beschäftigungswirkungen höher einzuschätzen als im Falle überhasteter Schritte. Als Realloohnerhöhung steht der Teil des Produktivitätsanstiegs (je Stunde) zur Verfügung, der den jährlichen prozentualen Rückgang der Wochenarbeitszeit überschreitet, einschließlich des Produktivitätsfortschritts, der durch die Arbeitszeitverkürzung selbst induziert wird. Es braucht also nicht zwangsläufig zu individuellen Realeinkommenseinbußen zu kommen, noch zu erhöhten Kosten für die Unternehmen. Die Summe der Reallohne wird sogar noch stärker steigen, wenn die Zahl der Beschäftigten zunimmt. Die wieder eingegliederten Arbeitslosen werden dabei eine kräftige Erhöhung ihres Realeinkommens erzielen.

Diese positiven Beschäftigungseffekte kommen allerdings nicht rasch. Zunächst überwiegen wohl trotz gewisser Umstellungsschwierigkeiten die zusätzlichen Produktivitätssteigerungen sowie der Ausgleich durch Überstunden. Diese Zusammenhänge hat das DIW in seinen Veröffentlichungen erst kürzlich ausführlich beschrieben.

Arbeitszeitverkürzungen werden auch vom DIW nicht als Allheilmittel zur ausreichenden Verminderung der Arbeitslosigkeit angesehen. Beschäftigungsimpulse, die vom Wirtschaftswachstum ausgehen, sind für die Lösung dieses Problems unentbehr-

lich. Vermutlich werden die Beschäftigungseffekte, die von einer Arbeitszeitverkürzung induziert werden, in einer dynamischen Wirtschaft größer ausfallen als in einer stagnierenden. Reichen die vom privaten Sektor ausgehenden Wachstumskräfte nicht aus, ist der Staat auch heute aufgerufen, Impulse zu geben. Dies kann sowohl über Veränderungen der Einnahmen, als auch über Veränderungen der Ausgaben geschehen.

Die Konsolidierungserfolge, die der Staat in den letzten beiden Jahren erreicht hat, sind durch negative konjunkturelle Faktoren überdeckt worden. Die Defizite sind nicht gesunken. Für 1984 zeichnet sich bei gebesserter Konjunktur eine merkliche Verringerung der Defizite ab. Möglicherweise setzt sich diese Tendenz 1985 fort, so daß das bisher beherrschende Konsolidierungsziel an Dringlichkeit verliert. Zugleich könnte sich die Notwendigkeit staatlicher Wirtschaftsstimulierung dann vergrößern. Der Staat stünde dann vor der Frage, ob er die Wirtschaft durch Steuersenkungen oder durch die Steigerung der Ausgaben, insbesondere für öffentliche Investitionen, anregen soll. Große Teile der Öffentlichkeit verlangen eine Reform des Steuertarifs, die erhebliche Steuerentlastungen bringen soll, so wie es in den Überlegungen der anderen Institute dargestellt worden ist. Sollte sich die Regierung grundsätzlich für diesen finanzpolitischen Weg entscheiden, so wären doch die folgenden Implikationen zu bedenken:

Zeitpunkt und Stärke der Nachfrage und Wachstumswirkungen von Steuererleichterungen sind ungewiß. Deshalb besteht die Gefahr, daß sich ein deutlich erhöhtes Staatsdefizit nicht als nur vorübergehend erweist. Fehlt es an Bereitschaft, dies hinzunehmen, so wird versucht werden, das Defizit durch erneute Kürzungen auf der Ausgabenseite zu vermindern. Solange dies bei den ohnehin überhöhten Subventionen gelingt, kann es sogar positive Wachstumseffekte haben. Zu befürchten ist jedoch, daß die Defizitreduzierung abermals auf Kosten der sozialen Leistungen geht. Dies zöge erhebliche sozialpolitische Konflikte nach sich; der Abstand zwischen begünstigten und belasteten Gruppen der Gesellschaft würde sich weiter vergrößern. Denn die Reform des Steuertarifs käme vor allem den höheren Einkommensklassen zugute.

Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Vorausschätzung für die Jahre 1983 und 1984

	1982 ¹⁾	1983 ²⁾	1984 ²⁾	1983		1984	
	Jahre			1.Hj. ¹⁾	2.Hj. ²⁾	1.Hj. ²⁾	2.Hj. ²⁾

1. Entstehung des Sozialprodukts Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Zahl der Erwerbstätigen	- 1,9	- 2	- 0,5	- 2,1	- 1,5	- 0,5	- 0,5
Arbeitszeit ₃₎ (arbeitstäglich)	- 0,5	- 0,5	0	- 0,5	- 0	0,5	0
Arbeitstage	0,2	0	- 0	0,3	- 0,5	0,5	- 0,5
Arbeitsvolumen (kalendermonatlich)	- 2,2	- 2	- 0,5	- 2,3	- 2	0	- 1
Produktivität ⁴⁾	1,2	3	2,5	2,1	4	2,5	3
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1976	- 1,0	1	2	- 0,2	2	2,5	2

2. Verwendung des Sozialprodukts in jeweiligen Preisen a) Mrd. DM

Privater Verbrauch	899,4	935	972	450,0	485	468	503,5
Staatsverbrauch	325,3	333	340,5	154,8	178	158,5	182
Anlageinvestitionen	327,9	345	372	155,8	189	169	203,5
Ausrüstungen	125,2	135,5	145	62,1	73,5	66	79,5
Bauten	202,7	209	227	93,7	115,5	103	124
Vorratsveränderung	7,2	11	14,5	7,7	3,5	11	4
Außenbeitrag	38,0	41	46	20,5	20,5	23	23,5
Ausfuhr	535,6	537,5	570,5	262,9	274,5	281	290
Einfuhr	497,6	496,5	524,5	242,3	254	258	266,5
Bruttosozialprodukt	1 597,7	1 664,5	1 745	788,8	876	829	916

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Privater Verbrauch	2,9	4	4	3,5	4,5	4	4
Staatsverbrauch	2,2	2,5	2,5	1,5	3	2,5	2
Anlageinvestitionen	- 3,1	5	8	3,0	7	8,5	7,5
Ausrüstungen	- 2,7	8,5	7	6,6	9,5	6	8
Bauten	- 3,3	3	8,5	0,6	5,5	9,5	7,5
Ausfuhr	8,0	0,5	6	- 0,9	1,5	7	5,5
Einfuhr	3,1	- 0,5	5,5	- 3,2	2,5	6,5	5
Bruttosozialprodukt	3,6	4	5	3,6	5	5	4,5

3. Verwendung des Sozialprodukts in Preisen von 1976 a) Mrd. DM

Privater Verbrauch	688,4	694,5	700,5	337,3	357	339	361,5
Staatsverbrauch	248,7	248	248,5	122,0	126	122,5	126
Anlageinvestitionen	247,0	255,5	267	116,6	139	122	144,5
Ausrüstungen	102,2	108	112,5	49,9	58	51,5	61
Bauten	144,8	147,5	154,5	66,7	81	71	84
Vorratsveränderung	5,4	10	13,5	7,4	2,5	10,5	3
Außenbeitrag	57,2	53,5	58,5	25,4	28	29	29,5
Ausfuhr	420,1	416	431,5	204,7	211,5	214	217
Einfuhr	362,8	362,5	373	179,3	183,5	185	188
Bruttosozialprodukt	1 246,6	1 261	1 287	608,7	652,5	623	664,5

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Privater Verbrauch	- 2,2	1	1	0,2	1,5	0,5	1
Staatsverbrauch	- 1,1	- 0,5	0	- 1,1	0,5	0,5	0
Anlageinvestitionen	- 5,4	3,5	4,5	1,9	5	5	4
Ausrüstungen	- 6,6	5,5	4	4,1	7	3	5
Bauten	- 4,5	2	4,5	0,4	3	6	3,5
Ausfuhr	3,7	- 1	3,5	- 2,4	0,5	4,5	2,5
Einfuhr	0,8	- 0	3	- 2,3	2,5	3,5	2,5
Bruttosozialprodukt	- 1,1	1	2	0,1	2	2,5	2

noch: Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	1982 ¹⁾	1983 ²⁾	1984 ²⁾	1983		1984	
	Jahre			1.Hj. ¹⁾	2.Hj. ²⁾	1.Hj. ²⁾	2.Hj. ²⁾

**4. Preisniveau der Verwendungsseite des Sozialprodukts (1976 = 100)
Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr**

Privater Verbrauch	5,3	3	3	3,3	3	3,5	2,5
Staatsverbrauch	3,4	2,5	2	2,6	2,5	2	2
Anlageinvestitionen	2,5	1,5	3,5	1,0	2	3,5	3,5
Ausrüstungen	4,3	2,5	3	2,5	2,5	3	3
Bauten	1,3	1,5	3,5	0,2	2	3,5	3,5
Ausfuhr	4,2	1,5	2,5	1,5	1	2	3
Einfuhr	2,3	- 0	2,5	- 0,9	0,5	3	2,5
Bruttosozialprodukt	4,8	3	2,5	3,4	2,5	2,5	2,5

**5. Einkommensentstehung und -verteilung
a) Mrd. DM**

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	901,8	913,5	943,5	431,7	481,5	446,5	497
Bruttolohn- und -gehaltsumme	731,9	739	762	349,1	390	360,5	401,5
Nettolohn- und -gehaltsumme	507,4	507,5	516,5	242,6	265	248	269
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	322,5	358	385,5	167,8	190,5	180	205,5
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	263,7	297,5	324	139,2	158	150,5	173,5
Entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen ⁵⁾	262,4	272,5	291	133,3	139	140,5	150,5
Nichtentnommene Gewinne	1,3	25	33	5,9	19	10	23
Volkseinkommen	1 224,3	1 271,5	1 328,5	599,5	672	626,5	702
Abschreibungen	200,3	210	222	103,4	106,5	109,5	112,5
Indirekte Steuern abzügl. Subventionen	173,1	183,5	194,5	85,9	97,5	93,5	101,5
Bruttosozialprodukt	1 597,7	1 664,5	1 745	788,8	876	829	916

b. Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	2,3	1,5	3,5	1,0	1,5	3,5	3
Bruttolohn- und -gehaltsumme	2,0	1	3	0,8	1	3,5	3
Nettolohn- und -gehaltsumme	0,8	0	2	- 0,0	0	2	1,5
nachrichtlich:							
Bruttolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten	4,1	3	3,5	3,3	3	4	3
Nettolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten	2,9	2	2,5	2,5	1,5	3	2
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	6,2	11	7,5	11,3	11	7	8
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	7,5	13	9	13,2	12,5	8	9,5
Entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen ⁵⁾	3,1	4	7	1,1	6,5	5,5	8,5
Volkseinkommen	3,3	4	4,5	3,7	4	4,5	4,5
Abschreibungen	6,4	5	5,5	4,5	5	6	5,5
Indirekte Steuern abzügl. Subventionen	2,2	6	6	1,7	10	8,5	4
Bruttosozialprodukt	3,6	4	5	3,6	5	5	4,5

**6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte
a) Mrd. DM**

Nettolohn- und -gehaltsumme ⁶⁾	507,4	507,5	516,5	242,6	265	248	269
Empfangene laufende Übertragungen	282,2	293,5	299	144,4	149	148	151
Entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen	296,2	312,5	337	150,1	162	161	176
Abzüge: Zinsen auf Konsumentenschulden	20,0	20	20,5	10,0	10	10	10,5
Geleistete laufende Übertragungen ⁷⁾	31,8	33	34,5	15,1	18	16	18,5
Verfügbares Einkommen	1 034,0	1 060	1 098	512,0	548	531,5	566,5
Privater Verbrauch	899,4	935	972	450,0	485	468	503,5
Ersparnis	134,6	125	126	62,0	63	63	63
Ersparnis in vH des verfügbaren Einkommens (Sparquote)	13,0	12	11,5	12,1	11,5	12	11

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Nettolohn- und -gehaltsumme	0,8	0	2	- 0,0	0	2	1,5
Empfangene laufende Übertragungen	5,0	4	2	3,4	4,5	2,5	1
Entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen	3,3	5,5	8	3,0	8	7,5	8,5
Verfügbares Einkommen	2,3	2,5	3,5	1,7	3,5	4	3,5
Privater Verbrauch	2,9	4	4	3,5	4,5	4	4
Ersparnis	- 1,8	- 7	1	- 9,9	- 4	2	- 0

noch: Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	1982 ¹⁾	1983 ²⁾	1984 ²⁾	1983		1984	
	Jahre			1.Hj. ¹⁾	2.Hj. ²⁾	1.Hj. ²⁾	2.Hj. ²⁾

7. Einnahmen und Ausgaben des Staates⁸⁾
a) Mrd. DM

Einnahmen							
Steuern	395,3	413,5	434,5	190,5	222,5	203	231,5
Sozialbeiträge	283,8	289	303	137,7	151,5	144	159
Erwerbseinkünfte	29,8	30,5	30	20,9	10	20	10
Sonstige laufende Übertragungen	16,2	18	19	9,3	9	9,5	9,5
Empfangene Vermögensübertragungen	6,2	6,5	6,5	2,8	3,5	3	3,5
Einnahmen insgesamt	731,2	758	792,5	361,6	396	379,5	413
Ausgaben							
Staatsverbrauch	325,3	333	340,5	154,8	178	158,5	182
Zinsen	43,6	50,5	55,5	27,7	23	30,5	25
Laufende Übertragungen an	348,1	359,5	368	177,0	182,5	182,5	186
Private Haushalte	291,0	299,5	306	148,3	151	153	153,5
Unternehmen	32,5	34	35	15,5	18,5	16	19
Ausland	24,6	26	27	13,2	13	13,5	13,5
Geleistete Vermögensübertragungen	32,7	36,5	37	14,9	21,5	15,5	21,5
Nettoinvestitionen	36,9	33,5	34,5	13,5	20	14	20,5
Ausgaben insgesamt	786,5	813,5	836	388,0	425,5	400,5	435
Finanzierungssaldo	-55,3	-55,5	-43,5	-26,5	-29	-21,5	-22

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Einnahmen							
Steuern	2,3	4,5	5	3,0	6	6,5	4
Sozialbeiträge	5,9	2	4,5	1,0	3	4,5	5
Erwerbseinkünfte	43,5	3	- 2,5	4,1	1	- 4,5	2
Sonstige laufende Übertragungen	2,4	12	4	19,5	4,5	2	5,5
Empfangene Vermögensübertragungen	-12,0	3	2	4,5	1,5	3	1,5
Einnahmen insgesamt	4,7	3,5	4,5	2,7	4,5	5	4,5
Ausgaben							
Staatsverbrauch	2,2	2,5	2,5	1,5	3	2,5	2
Zinsen	23,1	16	9,5	14,7	18	10	8,5
Laufende Übertragungen an	5,4	3,5	2,5	3,2	3,5	3	2
Private Haushalte	6,2	3	2,5	2,3	3,5	3	1,5
Unternehmen	- 0,1	5	2,5	11,7	0	2,5	3
Ausland	4,2	6	4	3,5	8,5	3,5	4,5
Geleistete Vermögensübertragungen	3,1	12	1	13,8	10,5	2,5	0
Nettoinvestitionen	-12,9	- 8,5	2,5	-13,4	- 5	4	1,5
Ausgaben insgesamt	3,8	3,5	3	2,9	4	3,5	2,5

1) Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (vgl. Wirtschaft und Statistik, Heft 9/1983, S. 657 ff.) sowie eigene Berechnungen der Arbeitszeit und der Produktivität; Abweichungen in den Summen durch Rundung der Angaben in Mrd.DM bedingt.- 2) Vorausschätzungen der beteiligten Institute; Angaben gerundet.- 3) Veränderung der Zahl der Arbeitstage nur zur Hälfte berücksichtigt.- 4) Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1976 je Erwerbstätigenstunde.- 5) Nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden.- 6) Soziale Leistungen abzüglich der Lohnsteuer auf Pensionen und der Beiträge des Staates für Empfänger sozialer Leistungen.- 7) Nicht zurechenbare Steuern, freiwillige Sozialbeiträge der Selbständigen, Hausfrauen u.ä., Rückerstattungen und sonstige laufende Übertragungen an den Staat, Nettoprämien für Schadenversicherungen abzüglich Schadenversicherungsleistungen, internationale private Übertragungen.- 8) Gebietskörperschaften, ERP, Lastenausgleichsfonds und Sozialversicherung.

Aus den Veröffentlichungen des DIW Sonderhefte

Erscheinen als neue Folge wieder seit 1948. Format DIN A 5.

- Nr. 118 **Kriterien wirtschaftsfördernder Maßnahmen für die verarbeitende Industrie in Berlin.** Von Burkhard Dreher. 60 S. 1977. DM 22,60.
- Nr. 119 **Der Handel der Deutschen Demokratischen Republik mit der Bundesrepublik Deutschland und den übrigen OECD-Ländern.** Eine vergleichende Betrachtung des Westhandels der DDR in den Jahren 1965 bis 1975. Von Horst Lambrecht. 98 S. 1977. DM 28,60.
- Nr. 120 **Untersuchung zu Fragen der Gaspreisbildung als Folge der Interdependenz zwischen dem internationalen Erdgasbeschaffungs- und Erdgasabsatzmarkt in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Urs Dolinski. 110 S. 1978. DM 49,80.
- Nr. 121 **Die Entwicklung des Arbeitsplatzangebotes in den Arbeitsmarktregionen.** Daten für 1961 und 1970, Prognoseergebnisse für 1980 und Kontrollrechnungen zur Überprüfung des Prognoseverfahrens. Von Herwig Birg. 152 S. 1978. DM 54,80.
- Nr. 122 **Konzeption einer Strukturberichterstattung für die Bundesrepublik Deutschland.** Möglichkeiten und Grenzen der Analyse sektoraler Strukturentwicklungen. Von Bernd Görzig und Wolfgang Kirner, unter Mitarbeit von Reiner Stäglin. 68 S. 1978. DM 28,60.
- Nr. 123 **Zweimal deutsche Sozialpolitik.** Von Peter Mitscherling. 136 S. 1978. DM 26,-.
- Nr. 124 **Forschung und Entwicklung in der Berliner Industrie.** Ergebnisse einer Befragung. Von Burkhard Dreher. 112 S. 1978. DM 36,-.
- Nr. 125 **Maßnahmen für eine sichere und umweltverträgliche Energieversorgung.** Von Urs Dolinski und Hans-Joachim Ziesing unter Mitarbeit von Klaus-Dieter Labahn. 379 S. 1978. DM 148,-.
- Nr. 126 **Zur Lage und Entwicklung der deutschen Filmwirtschaft.** Von Burkhard Dreher. 93 S. 1978. DM 32,80.
- Nr. 127 **Neuberechnung der Wegekosten im Verkehr für das Jahr 1975.** Von Heinz Enderlein. 48 S. 1978. DM 18,60.
- Nr. 128 **Regionalplanung und regionale Wirtschaftsstruktur in der Deutschen Demokratischen Republik.** Von Angela Scherzinger und Herbert Wilkens. 89 S. 1979. DM 33,60.
- Nr. 129 **Das Kaufkraftverhältnis zwischen D-Mark und Mark (DDR). Eine Neuberechnung.** Von Charlotte Otto-Arnold. 76 S. 1979. DM 24,60.
- Nr. 130 **Industrielle Strukturprobleme und sektorale Strukturpolitik in der Europäischen Gemeinschaft.** Von Fritz Franzmeyer. 160 S. 1979. DM 59,60.
- Nr. 131 **Zur Interdependenz der Bevölkerungs- und Arbeitsplatzentwicklung.** Grundlagen eines simultanen interregionalen Modells für die Bundesrepublik Deutschland. Von Herwig Birg. 290 S. 1979. DM 118,-.
- Nr. 132 **Zum Problem der Substitutionsmöglichkeit von Mineralölprodukten durch andere Energieträger – dargestellt am Beispiel eines Bundeslandes.** Von Urs Dolinski und Klaus-Dieter Labahn. 106 S. 1980. DM 44,60.
- Nr. 133 **Möglichkeiten der künftigen Strombedarfsdeckung in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Eckhard Casser, Jörg-Peter Weiß und Hans-Joachim Ziesing. 131 S. 1980. DM 55,30.
- Nr. 134 **Lohnentwicklung und Lohnpolitik als Bestimmungsgründe konjunktureller Verläufe und struktureller Verschiebungen.** Von Hans-Peter Basler. 102 S. 1981. DM 44,80.
- Nr. 135 **Elemente regionaler Wohnungsmarktmodelle und offene Fragen der Wohnungsmarktanalyse.** Von Bernd Bartholmai. 43 S. 1982. DM 22,60.
- Nr. 136 **Entwicklung und Struktur des deutsch-sowjetischen Handels. – Seine Bedeutung für die Volkswirtschaften der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion.** Von Jochen Bethkenhagen und Heinrich Machowski. 83 S. 1982. DM 44,-.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (0 30) 82 99 10 – Telefax (0 30) 82 99 12 00
BTX-Systemnummer * 880 #

Präsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer,
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Dr. Jürgen Müller, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Horst Seidler,
Prof. Dr. Reiner Stäglin (kommissarisch), Dr. Wolfgang Watter, Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner

Verlag: Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe zulässig. Druck: Zippel-Druck Berlin, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.
Bezugspreis für den Jahrgang DM 100,-, vierteljährlich DM 30,-, Einzelnummer DM 4,-.
Zuzüglich Versandkosten.